

21.09.1963
TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVIII/179

Bonn, den 20. September 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite: Zeilen:

1 - 2 Die Bundesrepublik Deutschland und Ghana 85

Warum Ghana eine Handelsmission in der "DDR" einrichten will
Von Hans Jürgen Wischnewski, MdB

3 Romantische Spätlese 49

"Deutsch-Französische Union" - letzter Ausweg ?

4 Vor dem Schiffbruch ? 47

Sozialpaket - Sprengstoff für die CDU/CSU

5 - 6 Machtkonzentration in Algier 75

Ablenkung von innenpolitischen Schwierigkeiten
Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Chefredakteur Günter Markscheffel

Die Bundesrepublik Deutschland und Ghana

Warum Ghana eine Handelsmission in der "DDR" errichten will

Von Hans-Jürgen Wischniewski, MdB.

Das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und der afrikanischen Republik Ghana war immer starken Schwankungen unterworfen. Besser als normal waren die Beziehungen zwischen den beiden Ländern eigentlich nie. Nkrumah ist der einzige afrikanische Präsident, der je einen Besuch in Ostberlin gemacht hat. Das muß bei der Beurteilung der letzten Entwicklung berücksichtigt werden.

Kun ist Ghana offensichtlich dabei, in Pankow eine ständige Handelsmission zu errichten. Diese ghanaische Absicht war bereits zu Beginn dieses Jahres sehr deutlich spürbar. Dann aber verschwanden diese Absichtserklärungen wieder von den Diplomatschreibtischen des Außenministeriums in Accra bis zu dem Zeitpunkt, zu dem von Seiten der Bundesrepublik das deutsch-ghanaische Verhältnis starken Belastungen ausgesetzt wurde.

Folgende Vorkommnisse haben zu dieser Belastung geführt:

- * 1. Die Reise des Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages, Dr. Jäger, mit anderen Abgeordneten der Regierungskoalition in die portugiesischen Kolonien Angola und Moçambique.
- * 2. Die anschließenden Erklärungen Dr. Jägers, die in einer für die deutsche Politik unverantwortlichen Art und Weise den afrikanischen Wunsch nach Selbstbestimmungsrecht ignoriert haben.
- * 3. Die Gewährung eines Kredits der Kreditanstalt für Wiederaufbau an die Südafrikanische Union.
- * 4. Die Übernahme der Interessenvertretung für Portugal in Madagaskar durch die Bundesrepublik, nachdem Madagaskar, wie viele andere afrikanische Länder, die diplomatischen Beziehungen zu Portugal wegen der unveränderten portugiesischen Kolonialpolitik abgebrochen hat.

Diese Vorkommnisse haben nicht nur das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und Ghana, sondern auch unsere Beziehungen zu allen unabhängigen afrikanischen Ländern entscheidend belastet.

* * *

Ganz offensichtlich ist es aber der deutschen Diplomatie auch nicht in dem notwendigen Maße gelungen, Ghana von unseren redlichen Motiven zu überzeugen, die uns veranlaßt haben, anderen afrikanischen Staaten militärische Ausbildungshilfe zu gewähren.

* * *

Wenn das deutsch-Ghanaische Verhältnis, das bisher nie besonders gut war, einen neuen Tiefpunkt erreicht hat, so haben diesmal diejenigen die Verantwortung zu übernehmen, die für die hier genannten vier Faktoren verantwortlich sind. Die SPD hat immer rechtzeitig und deutlich ihre warnende Stimme erhoben. Es ist an der Zeit, daß sich der Außenpolitische Ausschuß des Bundestages so bald wie möglich noch einmal intensiv mit der Afrikapolitik der Bundesrepublik beschäftigt.

* Nur dann, wenn es hier eine konsequente Linie gibt, und wenn Maßnahmen, wie die hier dargestellten, vermieden werden, kann die

- * deutsche Afrikapolitik von der Opposition mitgetragen werden.
- * Bisher war die SPD bereit, die deutsche Politik in Afrika mitzuverantworten. Die Bundesrepublik sollte im eigenen Interesse daran interessiert sein, diesen Zustand zu erhalten.

Natürlich müssen unsere Beziehungen zu Ghana überprüft werden. Allerdings dürfte diese Überprüfung nicht zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen führen. Guinea sollte allen Verantwortlichen als warnendes Beispiel dienen. Die Bundesrepublik stand kurz vor dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Guinea. Heute sind die Beziehungen außerordentlich gut.

* * *

Auch für unsere außenpolitischen Beziehungen gegenüber der "Dritten Welt" müssen wir Prinzipien erarbeiten. Die "Dritte Welt" wird jedes Jahr größer und einflußreicher. Die Lösung der deutschen Frage ist nur dann möglich, wenn wir auch bei den Neutralen für unsere Probleme so viel Verständnis wie nur irgend möglich finden. Leider wird vielfach die irrtümliche Auffassung vertreten, als handele es sich hier in erster Linie um ein finanzielles Problem: Man brauche nur möglichst viel Entwicklungshilfe gewähren. Wenn man dann noch einige gute Öffentlichkeitsreferenten an unsere Botschaften in diesen Ländern entsendet, wäre alles in bester Ordnung. Diese Vorstellungen sind falsch.

In unserer Außenpolitik gegenüber den Ländern der "Dritten Welt" sollten folgende Grundsätze gelten:

1. Die deutsche Frage muß in diesen Ländern möglichst unkompliziert dargestellt werden. Gerade die Überreichung der deutschen Kommanden nach dem Moskauer Abkommen hat bewiesen, daß eine zu kompliziert dargestellte Situation kaum verstanden wird.
2. Die Bundesrepublik darf auf keinen Fall als Hindernis auf dem Wege zur internationalen Entspannung gelten. Diese Rolle möchten die Kommunisten der Bundesrepublik gerne insbesondere bei den Neutralen in die Schuhe schieben. Die Nichtunterzeichnung des Moskauer Abkommens hätte mit Sicherheit den politischen Wert unserer bisherigen Hilfe an diese Länder nichtig gemacht.
3. Eine eindeutige Absage an jede Art von Kolonial- und Rassenpolitik erweist sich als zwingend notwendig. Dementsprechend muß auch in jedem Falle gehandelt werden. Freundschaftliche Beziehungen zu den 32 unabhängigen afrikanischen Ländern schließen nun einmal freundschaftliche Beziehungen zu der in der Welt völlig isolierten Südafrikanischen Union und zu Portugal aus. Hier sind normale Beziehungen vollauf genügend.
4. Wir müssen den Problemen der sogenannten "Dritten Welt" mehr Verständnis entgegenbringen.

Nur so dienen wir der deutschen Politik bei der absoluten Mehrheit der Mitglieder der Vereinten Nationen.

+ + +

Romantische Spätlese

"Deutsch-französische Union" - letzter Ausweg ?

G.M. - Nebliche Septembertage scheinen auch bei Politikern und solchen, die es werden wollen, nicht spurlos vorüberzugehen. In Abschiedsstimmung und ganz offensichtlich angeregt durch wehmütige Erinnerungen wird jetzt allenthalben den Deutschen einzureden versucht, der große Franzose Charles de Gaulle sei der einzige, der uns und unser nationales Anliegen verstehe und deshalb der berufene Mann sei, die bösen Angelsachsen daran zu hindern, eine Ost-West-Entspannung auf Kosten des deutschen Schicksals einzuleiten. In den Fußstapfen des Erhard-Freundes und in der Schweiz wandernden Wirtschaftsprofessors Röpke nachtappend, fordert nunmehr der RHEINISCHE MERKUR die "Deutsch-französische Union". Eng verbunden mit Frankreich werde die Bundesrepublik ein kaum zu überschätzendes Gewicht erhalten, da die außenpolitische und strategische Interessenidentität zwischen Bonn und Paris evident sei. Die eigene Atomwaffe Frankreichs könne der Kern einer politischen Union Europas sein. Wörtlich: "Wenn Bonn nicht zugreift, verpaßt es dieselbe Chance, wie das Hohenzollernreich nach 1900 beim Flottenvertragsangebot Großbritanniens."

Es geht doch nichts über die Lektüre alter Geschichtsbücher. Man kann da immer etwas finden, was - geschickt auf neu frisiert - es aussieht wie ein new look. Jetzt fehlt nur noch, daß wir auf Napoleon zurückgreifen, dessen Rheinbund bis zur Memel ausdehnen und - falls notwendig - den Kardinal Richelieu zitieren, der auch schon gelegentlich vom Vaterland der Vaterländer gesprochen haben soll.

Aber Spaß und Reminiszenzen beiseite: Die "Deutsch-französische Union", die jetzt auffallenderweise besonders in politischen Kreisen südlich der Mainlinie befürwortet wird, mag für sich betrachtet und auf der Grundlage des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages eine gute Sache sein. Allerdings mögen die deutschen Politiker, die sich jetzt so sehr dafür stark machen, daran denken, daß der Bundestag einstimmig beschlossen hat, durch den deutsch-französischen Freundschaftsvertrag dürfe keine andere der von der Bundesrepublik eingegangenen internationalen Verpflichtungen gestört oder gar blockiert werden.

Außerdem: Wir sollten uns bei allen durchaus verständlichen und sentimentalen Regungen daran erinnern, was Staatspräsident de Gaulle auf seiner letzten sensationellen Pressekonferenz gesagt hat. Dort hieß es, Frankreich erblicke in der Bundesrepublik Deutschland das *Glacis* seiner nationalen Verteidigung. Des besseren Verständnisses wegen sei hinzugefügt, daß "Glacis" im militärischen Sinne "Vorfeld" bedeutet, ein Gelände also, das man gegebenenfalls zu opfern bereit ist, um die Festung wirkungsvoll verteidigen zu können. Die Härte, die manche deutsche Politiker gegenwärtig an der offiziellen französischen Politik so sehr loben, hat ihren Ursprung in dieser von de Gaulle ganz richtig gekennzeichneten geographischen Situation des westlichen Teiles Deutschlands, das mit Frankreich eng verbunden ist. Ob man aber Politik im Sinne der Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit und Frieden machen kann, ist höchst zweifelhaft.

Vor dem Schiffbruch ?

Sozialpaket - Sprengstoff für die CDU/CSU

ler - In zwei Legislaturperioden des Bundestages besaßen die Unionsparteien die absolute Mehrheit im Parlament; wo es parteipolitisch geboten schien, machten sie auch rücksichtslos Gebrauch davon, und in Fällen, in denen sie selbst nicht miteinander zu Rande kamen, blieben einfach alle Reformpläne und die Gesetzgebungsmaschinerie stecken. Wenn es gar nicht anders ging, mußte Pfluschwerk herhalten. Der Sachverstand kam zu kurz dabei. Er fand keine Resonanz. Unannehmes wurde auf die lange Bank geschoben. Welch ein Regierungsstil!

Typisch für die Unfähigkeit und Hilflosigkeit auch der jetzt bestehenden Regierungskoalition ist das Urvermögen, das sogenannte "Sozialpaket" gesetzlos zu verabschieden. Es ist zum Alpdruck geworden. Es enthält so viel Explosivstoff, an dem sich sogar das künftige Kabinett Erhard mehr als nur die Finger verbrennen kann. Fünf Minuten vor zwölf werden nun neue Wiederbelebungsversuche unternommen. Die Sozialpolitiker der CDU/CSU beraten in diesen Tagen um die erdgütige Haltung der Bundestagsfraktion. Sie sind um ihre Aufgabe wahrlich nicht zu beneiden. Die unselige Verknüpfung von Kindergeld, Lohnfortzahlung für Arbeiter im Krankheitsfall und die Neuregelung der Krankenversicherung mit Kostenbeteiligung der Versicherten, erweist sich als ein gordischer Knoten, den zu durchhauen schon eines stärkeren Mannes bedürfte, als es Erhard ist. Das Sozialpaket steht unter dem Motto: dem einen etwas geben und dem anderen viel nehmen. Eine repräsentative Umfrage des DGB hat ergeben, daß jede zusätzliche Beteiligung an den Kosten der ärztlichen Behandlung, des Arzneimittelverbrauches und der Krankenhauspflege über die Beitragszahlung hinaus selbst von 88 Prozent der CDU/CSU-Wähler als unsozial und untragbar verworfen wird. Daran muß auch der "linke der Katzer-Flügel" in der CDU denken, will er nicht Gefahr laufen, bei den nächsten Bundestagswahlen durch Wählerschwund in der Abgrund der Bedeutungslosigkeit zu versinken. Die ganze Sozialpolitik der Unionsparteien gerät in Mißkredit, sie orientiert sich an Vorstellungen und Leitbildern, die mit dem eigenen Ziel, der Gesunderhaltung unseres Volkes, nicht in Einklang zu bringen sind. Die zusätzliche Kostenbeteiligung der Versicherten, das geht aus allen Stellungnahmen der Experten eindeutig hervor, ist nicht nur unpraktisch, sie schafft nicht nur erhöhte, im Leerlauf versickernde Verwaltungsarbeit, sie basiert vor allem auf einem Prinzip, das in einer freiheitlichen Gesellschaft zerstörend und vergiftend wirkt: Dem Prinzip des gegenseitigen Mißtrauens. Ärzte und Versicherte sollen unter die Kandare einer fortschrittsfeindlichen und gesundheitlich sich schädlich auswirkenden Sozialpolitik genommen werden.

Will die CDU/CSU, um den designierten Bundeskanzler vor einer bedrückenden Erbschaft seines schon im Abschied stehenden Vorgängers zu befreien, nun in Torischlußpanik handeln? Die Stellungnahme der Sachverständigen zum Regierungsentwurf für die Neuregelung der Krankenversicherung umfaßt allein fünf Bände mit 1.294 Seiten. Soll diese Arbeit, in der der Schweiß der berufensten Kenner dieser komplexen Materie steckt, als Makulatur in der Schublade verschwinden?

Die Regierungskoalition bewegt sich im Bereich der Sozialpolitik auf einen dünnen Eisflüßchen; nur zu leicht kann sie brechen.

20. September 1963

Machtkonzentration in Algier

Ablenkung von innenpolitischen Schwierigkeiten
Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Ben Bella erhielt im September in zwei aufeinanderfolgenden Volksabstimmungen zuerst für seine Verfassung und dann als erster Präsident der Algerischen Republik über 99 Prozent der abgegebenen Stimmen. Fünf Departements stimmten sogar mit Hundert Prozent für den neuen Präsidenten. Die Höhe und die Umstände dieses Prozentsatzes erinnern in gewisser Weise an gewisse Beispiele anderer autoritärer Regime.

Die Opposition der Kabylei

Die Zahl der demonstrativen Stimmenthaltungen war aber in einigen Wahlkreisen, insbesondere in der Kabylei auffallend hoch, offensichtlich auf Weisung der neuen Untergrundbewegung FPS ("Front des Forces Socialistes", Front der Sozialistischen Kräfte). So gingen beispielsweise in Michelet, dem Geburtsort des Chefs der parlamentarischen Opposition Ait-Abmed von 10.791 Wahlberechtigten nur 61 zu den Urnen. Ähnliche Ergebnisse verzeichnet man in anderen Städten der Kabylei. Auch in Algier und vor allem unter den in Frankreich lebenden algerischen Arbeitern macht sich die Opposition gegen Ben Bella durch Stimmenthaltungen bemerkbar.

Die Opposition verschanzte sich also hauptsächlich in der Kabylei, deren Abgeordneter Belkassam Krim sein Mandat niederlegte: "Ich weigere mich, Komplize einer faschistischen Diktatur zu werden. Eine Reihe von Abgeordneten können heute ihr Mandat nur noch im Exil, im Gefängnis oder in einem geheimen Unterschlupf ausüben".

Die Opposition umfaßt jetzt die meisten "historischen" Führer der algerischen Revolution. Ben Bella hat in wenigen Monaten mit fast allen seinen alten Kampfgefährten gesprochen, eine Entwicklung die beispielsweise in Russland unter Stalin ungefähr zehn Jahre in Anspruch nahm. Dieser Vergleich kennzeichnet das rapide Tempo der algerischen Revolution und Reaktion.

Der Prüfstein: Lösung der sozialen Frage

Ben Bella ist nun verfassungsgemäß fast absoluter Herr Algeriens. Der Apparat, auf den er sich stützen kann, befindet sich aber in den Händen des Oberst Boumedienne: die Armee. Die FLN-Partei existiert bis jetzt nur auf dem Papier. Sie ist durch zahlreiche Säuberungen und Ausschlüsse desorganisiert.

Entscheidend ist, ob es Ben Bella gelingt, das soziale Problem zu lösen, den Hunger zu stillen, den Winter zu überbrücken. Davon hängt es ab, ob die neuen Untergrundorganisationen der FLN-Opposition (FFS) und die neuen Partisanengruppen isoliert werden können oder auch außerhalb der kabyliischen Berge Widerhall in der Bevölkerung finden.

Wohin geht nun das neue Regime? Drei Ereignisse, unmittelbar nach den beiden September-Plebisziten zeigen die Wegrichtung:

- 1) Die Nationalisierung von Grund und Boden. Der größte Teil des bebaubaren Bodens wurde im vorigen Jahr von den Algerienfranzosen verlassen und daraufhin spontan von den algerischen Landarbeitern und Kleinbauern übernommen und seither durch drei gewählte "Komitees" verwaltet. Das algerische Landvolk hatte auf diese Weise sowohl Ben Kheddâ als auch nachher Ben Bella vor vollendete Tatsachen gestellt. Die lokale Selbstverwaltung wurde seither von der Armeeführung häufig kritisiert. Der Beschluß, allen Grund und Boden zu "nationalisieren" trifft also weniger die französischen Siedler, von denen nur noch wenige in Algerien geblieben sind, als vielmehr die örtlichen Selbstverwaltungsausschüsse. Mit anderen Worten, der Nationalisierungsbeschluß dürfte auf die Errichtung von staatlich verwalteten "Sowchosen" abzielen. Daher die Warnung der FLN-Opposition: "Ben Bella überstürzt den sozialistischen Kurs und führt das Land in eine wirtschaftliche Katastrophe".
- 2) Bekenntnis zu weiterer Zusammenarbeit mit Frankreich. Ben Bella wünscht offensichtlich nach wie vor bestes wirtschaftliches Einvernehmen mit General de Gaulle, der übrigens als einer der ersten Staatsmänner dem frischgebackenen algerischen Präsidenten gratulierte. Ben Bella will seinen "Staatssozialismus" weiterhin mit ausländischen, vor allem französischem Kapital finanzieren lassen. Das gaullistische Regime ist bis jetzt bereit, diesen Weg weiter zu gehen. Ben Bella könnte aber früher oder später in offenen Widerspruch zu dem Evian-Vertrag geraten.
- 3) Konflikt mit Marokko. Sofort nach dem ersten September-Plebiszit brach zwischen Algier und Rabat ein politisch-diplomatischer Konflikt aus, in dem es um nicht mehr und nicht weniger als die Existenzberechtigung des marokkanischen Königs geht. Das Zentralorgan der FLN "El Moudjahid" richtet ungewöhnlich scharfe Angriffe gegen Hassan II. - offiziell Freund, Verbündeter und "Bruder" Algeriens - , der als "Harpagmann der Reaktion" bezeichnet wird. Ben Bellas FLN unterstützt offen die revolutionäre Opposition gegen die benachbarte marokkanische Monarchie, fördert ähnliche Bewegungen in Tunesien und betont überhaupt ihre panarabische und panafrikanische Mission. Auf dieser Linie liegen auch die Freundschaft mit Nasser und die Drohung gegen Israel.

Man kann daraus schließen, daß das neue algerische Regime zur Abdeckung von den wachsenden wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten im Inneren oder vielleicht auch zur Überwindung dieser Nöte einen angriffelustigen aussenpolitischen Kurs steuert. Algerien bleibt im Herzen Nordafrikas vulkanischer Boden.